



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/15 - 19.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Der Kampf um den Wohnraum	S. 1
Frankreichs KP in der Krise	S. 3
Die ausgebliebene Verwaltungsreform in NRW	S. 5

Die Letzten beißen die Hunde

Von Wenzel Jaksch, Leiter des hessischen Flüchtlingsamtes

In der Bundesrepublik scheinen sich zu wenig Menschen darüber klar geworden zu sein, wie schwer die Widerstandskraft Berlins wieder auf die Probe gestellt wird, wenn West-Berlin nunmehr bereits 25000 Ostzonenflüchtlinge in Lagern unterbringen mußte. Man sollte aber nicht länger verkennen, daß eine weitere Zusammenballung menschlicher Verzweiflung in dieser gefährdeten Vorhutstellung der freien Welt im Interesse des Nahen und fernen Westens verhindert werden muß.

Der Flüchtlingsausschuß des Bundesrates hat kürzlich das Problem praktisch angesprochen. Er wies in seinem Beschluß vom 14. Januar darauf hin, daß sie im Jahre 1953 erwartete Zahl von 200000 Sowjetzonenflüchtlingen nur dann in der Bundesrepublik untergebracht werden können, wenn vom Bund zusätzlich 350 Millionen an Wohnbaumitteln zur Verfügung gestellt werden. Das Gremium, das einstimmig diese Forderung erhob, wußte über den Ernst der Lage Bescheid. Die Fiktion ist nicht länger aufrecht zu erhalten, daß die aus Berlin ausgeflogenen Sowjetzonenflüchtlinge in leerstehenden oder zusätzlich erfaßbarem Wohnraum untergebracht werden könnten. Der wahre Sachstand ist vielmehr, daß neue Einweisungen in die eng begrenzten Aufnahmegebiete nur durch eine weitere Zurückstauung örtlicher Wohnungsnotstände oder auf Kosten der Umsied-

lungsmaßnahmen für die Heimatvertriebenen und Evakuierten denkbar sind.

Um den neuen Wohnraum, der in Westdeutschland erstellt wird, spielt sich ein erbitterter Kampf ab. Die Jungverheirateten beschwerten sich über die Bevorzugung bestimmter Geschädigtengruppen. Vielfach glauben auch die Fliegergeschädigten, es würde zuviel für die Flüchtlinge getan, Altvertriebene empfinden es wiederum als ein Unrecht, wenn - wie es bei den Maßnahmen für die Sperrgürtelflüchtlinge der Fall war - für Neuvertriebene außerhalb der Reihe Wohnungen gebaut werden. Beachtenswert ist dabei, daß die Heimatvertriebenen mit ihrem Anteil von 16,9 Prozent der Gesamtbevölkerung noch immer 30 Prozent aller Arbeitslosen der Bundesrepublik stellen und sogar 51 Prozent der Dauerarbeitslosen. Wer nach der Austreibung sechs oder sieben Jahre auf eine Lösung seiner Wohnungs- und Existenzfrage warten mußte, der verliert mit jedem Monat ein Stück jener Spannkraft, die er für einen neuen Start braucht.

Es läge nur im Interesse Stalins, wenn der drohende Verzweiflungskampf von Evakuierten, Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen um jeden Quadratmeter Wohnraum die sozialen Probleme der Bundesrepublik schließlich unlösbar machen würde. Noch weniger ist es jedoch zulässig, Berlin die Hauptlast der Sorgen um die neue Flüchtlingswelle aus der Ostzone zu überlassen. Aufgabe der Bundesregierung wäre es vielmehr, der Welt klarzumachen, daß der Kampf gegen die alte und neue Flüchtlingsnot in Berlin und Westdeutschland eine der wichtigsten Kampffronten des kalten Krieges geworden ist. Falls die schon so oft verschobene Reise des Bundesministers Dr. Lukaschek nach Washington doch noch zustandekommen sollte, dann wäre dies wohl ein guter Anlaß, die für die Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge zusätzlich erforderlichen 350 Millionen \$ als einen Kostenbestandteil des kalten Krieges zu reklamieren.

Die bisherige Methode des Herrn Bundesfinanzministers Dr. Schäffer, der den heißen Stein der Flüchtlingsnot durch tropfenweise Hilfsmaßnahmen auszuhöhlen versucht, dürfte allerdings in Washington kaum imponieren. Ein kühner Plan, der zugleich Berlin hilft und allen Opfern des Sowjeterrors in Deutschland, könnte hingegen von der freien Welt nicht allein durch Lippenbekenntnisse beantwortet werden.

Was geht bei den französischen Kommunisten vor ?

G.St. - Paris

In der Kommunistischen Partei macht sich eine steigende Beunruhigung über das Schicksal des Generalsekretärs Maurice Thorez bemerkbar: Dessen Rückkehr wurde vor Monaten mit Sicherheit angekündigt, und die Parteizellen bereiteten dem bei den Kommunisten sehr beliebten "Führer" einen glänzenden Empfang vor. Doch Thorez kam nicht. In der kommunistischen "Humanité" ist nicht mehr von ihm die Rede. Jacques Duclos erklärte, wann Thorez zurückkomme, bestimme die "französische Parteileitung", doch kein Mensch schenkt ihm mehr Glauben. Ja, man fragt sich, ob nach Tillon und Marty nicht die Reihe an Duclos kommen wird, der vorläufig noch als Chef der kommunistischen Parlamentsfraktion waltet ...

Auf der letzten Sitzung des kommunistischen Zentralkomitees mußte Duclos eine "Selbstkritik" vornehmen und sich beschuldigen, anlässlich seiner Verhaftung vor einigen Monaten eine "grobe Nachlässigkeit" begangen zu haben, weil er vertrauliche Aufzeichnungen aus einer Sitzung des Zentralkomitees mit sich führte. Auch andere hohe Parteigrößen scheinen gefährdet. So die kommunistische Abgeordnete Madeleine Braun, deren Gatte Direktor der "Bank für Nordeuropa" war, die Gelder der Sowjetunion und der "Völkdemokratien" verwaltet und im eigentlichen Sinne dazu dient, den Kommunistischen Parteien Westeuropas die notwendigen Fonds zukommen zu lassen. Madeleine Braun erscheint kaum in der Nationalversammlung, und das ist umso verständlicher, als sie wegen ihrer Beziehungen zu dem in Prag verurteilten "Verräter" London von ihren Parteigenossen wie die Pest gemieden wird.

Nicht wohler in seiner Haut fühlt sich der Abgeordnete Villon alias Ginsburg, ein Verwandter des gleichen London, was ihn von vornherein verdächtig macht. Es handelt sich um den gleichen Villon, der auf dem letzten Parteitag der Schweizer Partei der Arbeit als Abgesandter der Kommunistischen Partei Frankreichs damals den Ausschluß Nicoles verhinderte. Inzwischen haben sich die Dinge geändert. Wird man Villon nicht anklagen, den Versuch unternommen zu haben, den "Verräter" Nicole zu retten ?

In keiner besseren Position befindet sich die Gattin des von den Nazis hingerichteten kommunistischen Abgeordneten, Gabriel Péri, der im Jahre 1939 scharf gegen den deutsch-sowjetischen Pakt Stellung nahm. Obwohl diese Tatsache heute von der Kommunistischen Partei bestritten wird, ist dennoch klar, daß man der Gattin, der Abgeordneten Mathilde Péri, diesen "Sündenfall" nicht verzeiht. Das geht so weit, daß man sie zu "Gedankkundgebungen" für ihren Gatten nicht einlädt ...

Was die Kommunisten vollständig verschweigen ist die Tatsache, daß hervorragende Mitglieder der Vereinigung der "Schwarzmeermeuterer", der Marty angehörte, aus der Kommunistischen Partei ausgetreten sind, um so dagegen zu protestieren, daß Marty jetzt als "Polizeispitzel" verleumdete wird.

Es kriselt in der Kommunistischen Partei Frankreichs. Jüdische Parteimitglieder scheuen sich, in der Öffentlichkeit die offizielle, antisemitische These zu vertreten, und es ist bezeichnend, daß die in jiddischer Sprache in Paris erscheinende kommunistische Zeitung kaum noch Abnehmer findet. - Es mag in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß einer der führenden "Neutralisten" Frankreichs, Claude Bourdet, der die Wochenzeitung "Observateur" herausgibt und der bisher für ein Zusammengehen mit den Kommunisten eintrat, nach dem "Ärztekomplot" schrieb, ein anständiger Sozialist könne mit Leuten, die die Tradition des nationalsozialistischen Antisemitismus aufnehmen, nichts mehr zu tun haben ...

+ + +

Durchsichtige Tarnung

(sp) Seit kurzer Zeit erscheint in Frankfurt /M. eine Monatszeitschrift mit dem Titel "Sozialistisches Forum", die durch Artikel und Beiträge bei einem oberflächlichen Leser den Eindruck erwecken kann, als handele es sich dabei um ein Diskussionsorgan der SPD. Das "Sozialistische Forum" ist jedoch in Wirklichkeit ein Organ der kommunistischen Tarnorganisation "Sozialistische Aktion" (SDA), das in großer Zahl kostenlos an Mitglieder der SPD versandt wird, deren Anschriften den Kommunisten bekanntgeworden sind.

Die Mitarbeiter der Zeitschrift sind ausschließlich Kommunisten oder wegen erkannter prokommunistischer Tätigkeit aus der SPD ausgeschlossene Agenten. Nach dem Mißlingen früherer Aktionen wird mit dieser Zeitschrift ein neuer Versuch unternommen, zwischen Mitgliedschaft und verantwortliche Führung der Partei einen Keil zu treiben und kommunistische Zersetzungsarbeit zu leisten. Der neue Versuch wird, wie alle früheren Versuche, die SPD zu zersetzen, erfolglos bleiben.

+ + +

Arnold mit leeren Händen

rw - Düsseldorf

Ende des Jahres 1952 wollte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold mit seinem großen und sehr konkreten Programm einer durchgreifenden Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern vor die Öffentlichkeit treten. Ein Jahr lang hat man in CDU-Kreisen sehr viel von diesem sozusagen historischen Zeitpunkt gesprochen und sich davon einen spürbaren Abbau der Zahl der öffentlich Bediensteten, fühlbare Einsparungen des Personaletats und nicht zuletzt einen guten Eindruck bei den Wählern versprochen.

Nun, der historische Zeitpunkt ist vorüber, sang- und klanglos hat das neue Jahr begonnen. Statt Arnolds Reformprogramm wurde der Rechenschaftsbericht des Finanzministers für das Rechnungsjahr 1953/54 vorgetragen. Danach gibt es in Nordrhein-Westfalen laut neuem Stellenplan 6000 mehr öffentlich Bedienstete als im vergangenen Jahr. Zwar kann man etwa 2000 davon abziehen - die Beamten und Angestellten der Universität Köln, die zum ersten Mal im Landes-Etat erscheinen - aber es bleiben immerhin 4000, die beim besten Willen nicht wegdiskutiert werden können.

Dr. Adolf Flecken, der Finanzminister, hatte selbst ein unbehagliches Gefühl. Er meinte, leider könne er noch keine Auswirkung der Verwaltungsreform auf die Ausgaben des Landes bzw. deren Verringerung sehen, denn man habe ihm noch keine Unterlagen unterbreitet. Später, auf einer Pressekonferenz, gab er zu verstehen, auch die vor einigen Monaten erfolgte erste Reformrate des Innenministers, durch die einige unwichtigere Aufgaben den Regierungspräsidenten übertragen worden waren, sei ohne jede Konsequenz hinsichtlich von Einsparungen geblieben.

Dieses fatale Eingeständnis hat besonders in bürgerlichen Kreisen, und hier wieder vor allem in der Presse, unangenehm überrascht. Daß dies dem Ministerpräsidenten einigermaßen peinlich war, versteht sich von selbst. Bei Fleckens Rekordrede von fast drei Stunden war er nicht zugegen gewesen. Als er am nächsten Morgen die Zeitungen las, mußte er erkennen, daß man ihn so billig nicht davonkommen lassen wolle. Zur Beruhigung und zur vorbeugenden Abwendung weiterer Kritik ließ er das Versprechen verbreiten, er wolle demnächst die Presse zusammenrufen und ihr zeigen, was er im Stillen inzwischen

alles für seine große Reform schon vorbereitet habe.

Man ist sehr gespannt. Inzwischen hat sich herungesprochen, daß er offenbar zunächst einmal eine Art Reform-Staatskommissar oder mit einem anderen Titel Reform-Sparkommissar ernennen wolle. Der dafür Ausersehene war vor kurzem noch Ministerialdirektor und wurde auf etwas bruske Art und Weise beim Überschreiten seiner 65-Jahre-Grenze in den Ruhestand versetzt. Eine spitze Zunge meinte dazu, bei hinreichender Einsicht werde der Spar-Kommissar als erste Amtshandlung am besten sich selbst einsparen - auf dem Wege optischer Reformen komme man nicht weit.

Tatsache ist jedenfalls: Das einzige greifbare Ergebnis der Arnold'schen Idealpläne sind vorläufig die 4000 öffentlich Bediensteten mehr. Es ist zunächst müßig, darüber zu streiten, ob sie notwendig oder nicht notwendig sind. Erforderlich aber ist, deutlich zu sagen, daß Projekte, die mit großem Aufwand verkündet, dann aber nicht einmal ernsthaft in Angriff genommen werden, Wahlmake und nichts anderes sind.

+ + +

Tuberkulöse Kriegsoffer rufen um Hilfe

Aus der Versorgungsheilstätte Ried bei Lindenberg im Allgäu geht uns folgende Zuschrift zu:

Am 31.3.1953 schließt die in der ganzen Bundesrepublik bekannte Versorgungsheilstätte für tuberkulöse Kriegsbeschädigte Ried bei Lindenberg im Allgäu ihre Pforten. Seit 1945 fanden dort Tausende vom Schicksal Tuberkulose Betroffene Besserung oder Heilung und bei Rückfällen das Wissen um eine wirkliche Heimstätte.

Das wird nicht mehr sein. Das Haus wird aufgelöst, nicht, weil es an Kranken mangelt, sondern aus formal-rechtlichen Gründen; es geht in die Hände seines Eigentümers, der Landesversicherungsanstalt Schwaben, zurück und soll Genesungsheim für Herzkranke werden. Die Kriegsoffer, die nun heimatlos im weiteren Sinne werden, können nichts anderes tun, als die Öffentlichkeit um Hilfe anrufen. Für Ried muß schleunigst Ersatz geschaffen werden.

Die Bundesregierung, der die Betreuung der Kriegsoffer obliegt, hat bislang noch keinen Ersatz ausfindig gemacht. Weshalb? Sollte es, wenn wirklich alle bundeseigenen Heilstätten oder Krankenhäuser belegt sind, nicht möglich sein, die Besatzungsmächte zu überzeugen, ein von ihnen beschlagnahmtes, nicht voll ausgenütztes Haus für die deutschen Kriegsbeschädigten freizumachen?

Der Ruf der Kranken von Ried ist ein Appell an den guten Willen. Wer will den Beweis schuldig bleiben, daß Kriegsbeschädigte nicht gehört werden?

+ + +

Die Rache des kleinen Maurice

Kalter Toiletten-Krieg in Ludwigshafen

Seit Jahr und Tag lebten sie einträchtig nebeneinander im gleichen Gebäude in Ludwigshafen, die deutsche Wasserschutzpolizei und die französische Gendarmerie maritime. Aber Anfang Januar war das Thema der Werbung für die französische Fremdenlegion in der deutschen Öffentlichkeit so laut geworden und die Erfolge der Wasserschutzpolizei, abenteuerlustige oder - was häufiger der Fall war - in Not geratene Jugendliche von dem unheilvollen Schritt zur Fremdenlegion zurückzuhalten, so offensichtlich, daß Maurice, Jean und Baptiste von den "maritimes" ganz böse wurden. Der französische Gendarmerieposten war nämlich der letzte seiner Art in Ludwigshafen und daher ein vielbesuchter Anziehungspunkt für alle, die eine Fahrkarte nach Landau zum Zentralwerbebüro der Fremdenlegion zu benötigen glaubten. Hier konnte die Wasserschutzpolizei manchen vorsichtshalber "festnehmen" und den sorgenvollen Eltern wieder zustellen. Und was geschah jetzt? Die Gendarmerie maritime verbietet ihren deutschen Kollegen die Benutzung der in der "französischen Zone" des Gebäudes liegenden Toiletten. Das Ludwigshafener Hafenamts will diesem im Winter besonders peinlichen Zustand durch entsprechende Neubauten abhelfen. Die deutschen Polizisten aber fragen sich, warum sie, die unter Umständen eines Tages mit den Franzosen in einer Richtung schießen müssen, jetzt nicht gemeinsam mit ihnen schon die Toiletten benutzen dürfen?

-er

Verantwortlich: Peter Raunau